

A n t r a g

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

EntschlieÙung

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 6/6669 -**

**Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landes-
haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Thüringer
Haushaltsgesetz 2020 -ThürHhG 2020-)**

**Thüringer Polizei personell nachhaltig und planungs-
sicher entwickeln**

Der Thüringer Landtag bekennt sich dazu, die Thüringer Polizei zu stärken und planungssicher fortzuentwickeln sowie Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu entlasten und deren Arbeitsbedingungen fortlaufend zu verbessern.

1. Zu diesem Zweck wird die Landesregierung gebeten, in den kommenden Jahren neben der durch den Landtag mit dem Haushalt 2020 vorgenommenen personellen Stärkung der Thüringer Polizei folgende Maßnahmen umzusetzen:
 - a) Im Zeitraum von 2021 bis 2025 werden mindestens 1.160 Polizeianwärter eingestellt und ausgebildet. Die jährlichen Ausbildungszahlen sind dabei unter Berücksichtigung der Altersabgänge möglichst gleichmäßig und so auszugestalten, sodass im Jahr 2021 jeweils mindestens 250, im Jahr 2022 220, im Jahr 2023 220, im Jahr 2024 250 und im Jahr 2025 220 Polizeianwärter einzustellen sind und eine langfristige und verbindliche Abgabepfanung entwickelt werden kann.
 - b) Das Land garantiert, dass alle Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter, die erfolgreich ihre Ausbildung beziehungsweise ihr Studium beenden, in den Landesdienst übernommen werden.
 - c) Es sind die haushalterischen und gegebenenfalls notwendigen rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte nach erfolgreicher Beendigung ihrer Probezeit von in der Regel drei Jahren und einer an den laufbahnrechtlichen Mindestvoraussetzungen orientierten Standzeit von bis zu

zwei Jahren in das erste Beförderungsniveau A8 befördert werden können.

2. Der Landtag begrüßt, dass mit dem Haushalt 2020 Stellenmehrungen von insgesamt 142 Stellen für das Landeskriminalamt, die Landespolizei und die Polizeibildungseinrichtungen auf den Weg gebracht werden. Dadurch können sowohl Vollzugsplanstellen, auf denen bisher Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte geführt werden, in gleichem Umfang und entsprechender Wertigkeit freigesetzt werden, als auch ganz konkrete fachliche Unterstützung und Entlastung realisiert werden, etwa durch 56 Stellen für die Digitalisierung der Polizei durch Umsetzung des auf der Grundlage des Beschlusses des Thüringer Landtags vom 22. Februar 2018 (Drucksache 6/5357) erarbeiteten Digitalisierungskonzepts "Polizei 4.0" oder zehn neue Planstellen, um eine qualitativ hochwertige Ausbildung in den Bildungseinrichtungen, abzusichern.
3. Der Landtag begrüßt darüber hinaus, dass mit zusätzlichen Änderungen am Landeshaushalt 2020 weitere konkrete Schritte zur Modernisierung und Digitalisierung der Polizeiarbeit, für eine bessere Ausbildungssituation, zum Schutz der Gesundheit von Beschäftigten und zur Verstärkung der Präventionsarbeit auf den Weg gebracht werden.

Begründung:

Zu 1.:

Um die Thüringer Polizei zukunftsfest aufzustellen und bei den Bediensteten eine Entlastung zu erreichen, bedarf es einer fundierten und vorausschauenden Personalbedarfsplanung. Der Landtag bekennt sich deshalb dazu, bis zum Jahr 2025 mindestens 1.160 Anwärter einzustellen und schafft auch Planungssicherheit darüber, wie viele Polizeianwärter bis zum Jahr 2027 ausgebildet in die Dienststellen mindestens wechseln werden. Durch die Übernahmegarantie erhalten Interessierte am Polizeiberuf und Auszubildende Sicherheit für die eigene Perspektive. Die Verbesserung der Beförderungssituation bringt Wertschätzung für die Arbeit der Bediensteten zum Ausdruck und stellt einen Baustein zur Erhöhung der Attraktivität des Polizeiberufes in Thüringen dar.

Zu 2.:

Die 142 Stellen verteilen sich auf 65 Stellen für Tarifbeschäftigte, um Vollzugsplanstellen, auf denen bisher Tarifbeschäftigte geführt werden, in gleichem Umfang und entsprechender Wertigkeit freizusetzen. Elf Stellen für Verwaltungsbeamte, um Vollzugsplanstellen, auf denen bisher Verwaltungsbeamte geführt werden, in gleichem Umfang und entsprechender Wertigkeit freizusetzen, 56 Planstellen im technischen Dienst, zwecks Aufbau der Zentralstelle Polizeiliche Informations- und Kommunikationstechnik (ZpluK) zur Umsetzung des auf der Grundlage des Beschlusses des Thüringer Landtags vom 22. Februar 2018 (Drucksache 6/5357) erarbeiteten Digitalisierungskonzeptes "Polizei 4.0" sowie zehn Planstellen in der Besoldungsgruppe A 14 für die Polizeibildungseinrichtungen, wobei jeweils hälftig das Bildungszentrum der Thüringer Polizei und die Verwaltungsfachhochschule - Fachbereich Polizei berücksichtigt werden sollen.

Zu 3.:

Zu den am Haushaltsentwurf 2020 vorgenommenen Änderungen gehören unter anderem:

- + 150.000 Euro für die Einrichtung einer Online-Wache der Thüringer Polizei,
- + 100.000 Euro für eine Kampagne, um den Respekt vor der Arbeit von Rettungskräften, Feuerwehren und Polizei zu stärken,
- + 68.700 Euro für ein Supervisionsprojekt, zur Unterstützung bei der Bewältigung belastender Einsatzsituationen und frühzeitigen Lösung von Konflikten,
- + 50.000 Euro zur Förderung von Präventionsprojekten und die Auslobung eines Präventionspreises,
- + 530.000 Euro zur Verbesserung der Ausbildungsbedingungen an der Meininger Polizeischule, um ein bestmögliches Lehr- und Lernumfeld zu bieten und eine Ausbildung auf hohem Niveau zu gewährleisten,
- + 51.500 Euro zur Verbesserung der interkulturellen Kompetenz der Thüringer Polizei durch eine Werbekampagne für Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeiberuf,
- + 57.000 Euro zur Stärkung von Präventionsmaßnahmen insbesondere für Seniorinnen und Senioren, um sie vor Enkeltrick und Telefonbetrug zu schützen,
- + 100.400 Euro für verbesserten Gesundheitsschutz, wie eine Ausstattung mit Kohlenmonoxid-Meldern, um Einsatzkräfte vor dem heimtückischen, geruchslosen aber tödlichen Gas zu schützen.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Blebschmidt

Für die Fraktion
der SPD:

Becker

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Rothe-Beinlich